

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Achten Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des
Bundesversorgungsgesetzes

(Achstes Anpassungsgesetz-KOV — 8. AnpG-KOV —)

— Drucksachen 7/4653, 7/4960 —

und zu dem von den Abgeordneten Geisenhofer, Maucher, Burger,
Dr. Althammer, Müller (Remscheid), Höcherl, Ziegler, Franke (Osnabrück),
Dr. Mikat, Dr. Jobst, Freiherr von Fircks, Braun, Dr. Fuchs, Krampe und
der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur
Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

— Drucksachen 7/4585, 7/4960 —

Bericht des Abgeordneten Krampe

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf sieht eine Anhebung der in § 56 des Bundesversorgungsgesetzes näher bestimmten Leistungen um rd. 11 v. H. vor. Ferner wird durch die Ermittlung sämtlicher Vergleichseinkommen aus den jeweils am 31. Dezember der letzten drei Jahre bekannten Durchschnittseinkommen erreicht, daß sich die Vergleichseinkommen für alle Berechtigten von Berufsschadens- und Schadensausgleich an einem einheitlichen Stichtag verändern. Es wird eine Gleitklausel geschaffen, die einen Wegfall des Anspruchs auf Witwen- und Waisenbeihilfe schon bei geringfügigem Überschreiten der Einkommengrenze verhindert. Schließlich ist zu nennen: Schaffung einer bundeseinheitlichen Regelung für die Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen sowie die Ermächtigung für eine nähere Regelung über die

Verwendung der Ausgleichsabgabe durch Rechtsverordnung.

Der Gesetzentwurf hat dadurch Mehraufwendungen an Bundesmitteln zur Folge. Sie betragen für

1976	418 700 000 DM
1977	818 200 000 DM
1978	799 600 000 DM
1979	781 400 000 DM.

Deckung für diese Mehrausgaben ist für 1976 im Entwurf des Haushaltsplans bei Kap. 11 10 vorhanden. Für die Folgejahre sind die Mehraufwendungen im Finanzplan des Bundes enthalten.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung vorgeschla-

genen Fassung des Gesetzentwurfs. Gleichzeitig soll der von den Abgeordneten Geisenhofer und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes in der Drucksache 7/4585 für erledigt erklärt werden.

Bonn, den 7. April 1976

Der Haushaltsausschuß

Dr. von Bülow

Stellv. Vorsitzender

Krampe

Berichterstatter